



Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 14. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

1. Abgeordneter
Andreas Steppuhn
(SPD)

Verbesserung der Parkplatzsituation an der Rappbodetalsperre

Seit Inbetriebnahme der neuen Hängeseilbrücke an der Rappbodetalsperre im Harz als neue Touristenattraktion hat sich die dortige Parkplatzsituation erheblich verschärft.

Aufgrund des Besucherandrangs kommt es insbesondere an den Wochenenden zu chaotischen Zuständen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Pläne gibt es seitens der Stadt Oberharz am Brocken und des Betreibers Harzdrenalin UG, kurz- und mittelfristig neue zusätzliche Parkplätze zu schaffen, um dem Besucherandrang gerecht zu werden?
2. Wie kann die Landesregierung konkret vor Ort unterstützen, um im Bereich der Rappbodetalsperre kurz- und mittelfristig neue Parkplätze zu schaffen?

2. Abgeordneter
Hendrik Lange
(DIE LINKE)

Personalsituation an der Philosophischen Fakultät II der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg, Germanistisches Institut

In der jüngsten Zeit sind Informationen an die Öffentlichkeit getreten, dass in der Ausbildung für das Lehramt an Grund- und Förderschulen und für die Ausbildung im Ergänzungsfach Deutsch als Zweitsprache in naher Zukunft erhebliche Probleme drohen. Grund dafür sind befristete Lehraufträge, die in der nächsten Zeit auslaufen und aufgrund der Rechtslage nicht mehr verlängert werden können.

Die Situation wäre geeignet, den Abschluss von Lehramtsstudiengängen zu verzögern und Absolvierungszahlen zu verringern. Das würde die Personalsituation an den Schulen in Sachsen-Anhalt weiter zuspitzen, Interessen des Landes wären direkt berührt.

Ich frage die Landesregierung:

Treffen diese, auch in der Presse veröffentlichten, Meldungen zu und, sollten sie zutreffen, was denkt die Landesregierung zu unternehmen, um die Universität zu veranlassen, ihre Verpflichtungen in der Lehramtsausbildung zu erfüllen?

3. Abgeordneter
Wolfgang Aldag
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hufeisen see

Das Gebiet des Hufeisensees ist als Vorbehaltsgebiet für den Aufbau eines ökologischen Verbundsystems ausgewiesen. Diese Vorbehaltsgebiete werden ausgewiesen, um bestimmte Flächen zu sichern, auf denen die flächendeckende Vernetzung relativ kleinstrukturierter Biotope entwickelt werden soll.

Mit dem Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 158 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee“ wurde eine dem B-Plan entsprechende Entwicklung eingeleitet. Derzeit sind ein Golfplatz (derzeit 18 Loch), ein Fußball-Golf-Kurs sowie Uferprofilierungen realisiert.

Zusätzlich sind Badestrände, eine Erweiterung des Golfplatzes (auf 27 Loch), eine weitere Wasserskitrainingsstrecke, eine Wakeboardanlage und ein Trainings- und Ausbildungszentrum für die DRK-Wasserwacht geplant. Zusätzlich nutzen den See Taucher sowie Kutterruderer.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist aus Sicht der Landesregierung die aktuelle und geplante Nutzung des Hufeisensees mit den beschriebenen ökologischen Zielen der Regionalplanung zu vereinbaren?
2. Wie stellt die Landesregierung die flächendeckende Vernetzung von Biotopen in Sachsen-Anhalt sicher?

4. Abgeordneter
Sebastian Striegel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Prüfung und Anerkennung der Schulzeugnisse von Geflüchteten im Land Sachsen-Anhalt

Von Betroffenen ist an mich herangetragen worden, dass im Land Sachsen-Anhalt die Prüfung und Anerkennung der Schulzeugnisse von Geflüchteten grundsätzlich an die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen in Bonn verschickt werden. Damit sind deutliche Verzögerungen der Bearbeitung im Vergleich zu jenen Bundesländern verbunden, die Anerkennungsverfahren grundsätzlich selbst durchführen. Das Vorgehen hat damit Folgen für die Betroffenen, indem sie beispielsweise eine Ausbildungsstelle nicht sofort annehmen können, da eine Prüfung und eine Anerkennung durch die genannte Stelle in Bonn bis zu vier Monate und mehr in Anspruch nehmen können.

Ich frage die Landesregierung:

1. Werden die Prüfung und Anerkennung der Schulzeugnisse von Geflüchteten in Sachsen-Anhalt grundsätzlich an die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen in Bonn geschickt, wenn ja, warum?

2. Sind seitens der Landesregierung Bemühungen/Maßnahmen geplant, die Prüfung und Anerkennung der Schulzeugnisse von Geflüchteten zunächst in Sachsen-Anhalt vorzunehmen, um den Prozess der Anerkennung zu beschleunigen, wie dies z. B. der Freistaat Sachsen praktiziert?

5. Abgeordneter
Mario Lehmann
(AfD)

Genehmigung von Landesfördermitteln zum Bau eines Busparkplatzes in Zusammenhang mit der Gestaltung eines Tourismuskonzeptes der Weltkulturerbestadt Quedlinburg, Ortsteil Gernrode.

In der Weltkulturerbestadt Quedlinburg, Ortsteil Gernrode, wird gegenwärtig ein Tourismuskonzept unter Einbeziehung des Dreierensembles „Stiftskirche St. Cyriakus - Alte Elementarschule - Harzer Kuckucksuhr“ erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll die brachliegende Freifläche an der Gersdorfstraße/Am Spittelteich, unmittelbar neben der Stiftskirche St. Cyriakus, zu einem Busparkplatz ausgebaut werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Liegen der Landesregierung zu einem solchen Projekt schon förderungswürdige Anträge vor?
2. Wenn ja, in welcher Höhe können durch die Stadt Quedlinburg beim Land Sachsen-Anhalt Fördermittel beantragt werden?

6. Abgeordneter
Andreas Gehlmann
(AfD)

Eckpfeiler der Netzstabilität wird Opfer der Energiewende

Pumpspeicherkraftwerke (PSW) gelten als unverzichtbar, um das schwankende Wind- und Solarstromaufkommen auszugleichen. In 2014 investierte der schwedische Energiekonzern Vattenfall 40 Millionen Euro in die Modernisierung des Pumpspeicherwerkes Wendefurth. Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff war dem Konzern für diese Investition „sehr dankbar“ und zudem „froh darüber“, über eine „derartig eindrucksvolle Anlage in Sachsen-Anhalt zu verfügen“.

Am 2. Juni 2017 teilte Vattenfall mit, dass infolge der hohen Netzentgelte PSW nunmehr unrentabel seien. Deshalb werden Arbeitsplätze gestrichen und Pumpspeicherleistung reduziert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie sieht der konkrete Abbau an Arbeitskräften und Pumpspeicherleistung im Pumpspeicherwerk Wendefurth aus?
2. Mit welchen Energieerzeugern bzw. Speichermedien will die Landesregierung die geplanten Pumpspeicherleistungseinschränkungen des Pumpspeicherwerkes Wendefurth - vor allem im Hinblick auf die Netzstabilität - ausgleichen?

7. Abgeordnete
Lydia Funke
(AfD)

Pilzkrankung des Feuersalamanders

Deutschland stellt den Verbreitungsschwerpunkt des Feuersalamanders (*Salamandra salamandra*) in der Europäischen Union dar.

Seit 2015 führt der Pilz *Batrachochytrium salamandrivorans* – „Salamanderfresser“ genannt - zu ersten Populationseinbrüchen bei Feuersalamandern in der Eifel.

Ich frage die Landesregierung:

1. Innerhalb welcher systematischer Bestandskontrollen werden Feuersalamander und andere Amphibienarten auf Befall von *B. salamandrivorans* und anderen Krankheitserregern in Sachsen-Anhalt untersucht?

2. Welche Präventivmaßnahmen zum Schutz des Feuersalamanderbestandes werden aus den Untersuchungen im Harz und den generellen Expertenempfehlungen für das Land Sachsen-Anhalt abgeleitet?

8. Abgeordneter
Hannes Loth
(AfD)

Schadensregulierung bei FFH-Arten

Für die finanzielle Erstattung von Schäden, die durch FFH-Arten (z. B. Wolf *Canis lupus* und Biber *Castor fiber*) verursacht werden, besteht zwar kein rechtlicher Anspruch seitens der Betroffenen, aber eine schnelle finanzielle Entschädigung aus Landesmitteln trägt wesentlich zur Akzeptanz der Arten und ihrer Tätigkeiten in der Bevölkerung bei.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Bearbeitungsfristen gibt die Landesregierung - z. B. bei Nutztierrißen durch den Wolf - vor bzw. werden für angemessen gehalten?
2. Welche weiteren Finanzierungsmöglichkeiten (außer Haushaltsmittel) wären zur Erstattung von Schäden durch Tierarten mit FFH-Schutz-Status möglich und umsetzbar?

9. Abgeordneter
Willi Mittelstädt
(AfD)

EU-Strukturprogramm soll neue Arbeitsplätze schaffen

Im Hinblick auf das Ende der Braunkohlenförderung forderte Ministerpräsident (MP) Dr. Reiner Haseloff am 2. Juni 2017 ein EU-Strukturförderprogramm für die vom Stellenabbau betroffenen Regionen des Landes Sachsen-Anhalt.

Am 11. Juni 2017 stellte der MP allerdings auch fest, dass die EU immer bürokratischer würde und aus diesem Grunde Förderträger abgeschreckt würden, um Förderanträge zu stellen und infolge EU-Fördermittel in dreistelliger Millionenhöhe nicht abgerufen werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie steht die Landesregierung zu den Möglichkeiten, die Braunkohle im Rahmen der stofflichen Umwandlung für die Chemieindustrie bietet?
2. Welche Rahmenbedingungen müssen seitens der EU-Fördermittelpolitik generell erfüllt sein, um mit einem EU-Strukturprogramm langfristig für 9.000 Arbeitsplätze, die direkt oder indirekt von der Braunkohlenförderung abhängen, Ersatz in Form von Industrieprojekten oder Firmenneuan siedlungen zu schaffen?

10. Abgeordneter
Daniel Rausch
(AfD)

Technisches Versagen führt zum Umknicken von Windkraftanlagen

Zum Jahresanfang knickten in Deutschland vier Windkraftanlagen um. Als Ursache wurde nun offenbar die Pitch-Regelung festgestellt, die bei starkem Sturm den Rotor aus den Wind drehen sollte und bei den umgeknickten Anlagen versagt haben soll. Der Bundesverband Windenergie empfiehlt deshalb, Windräder zwei Mal jährlich zu warten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wo und in welcher Anzahl stehen Windkraftanlagen der betroffenen Typen DE-Wind D4 und Tacke (TW 1,5 bzw. GE 1,5) der Baujahre 1999 bis 2002 in Sachsen-Anhalt?
2. Welche technischen Wartungsintervalle für Windkraftanlagen schlägt die Landesregierung - in Konsequenz - vor?

11. Abgeordneter
Volker Olenicak
(AfD)

Sanierung der Bohrschlammdeponie Brüchau

Am 17. Mai 2017 führte der Geschäftsführer der Mitteldeutschen Sanierungs- und Entsorgungsgesellschaft (MDSE), Harald Röttschke, im Rahmen der Veranstaltung „Chemiepark Bitterfeld-Wolfen: Gemeinsame Anstrengungen sichern Traditionsstandort“ an einer Übersicht von Sanierungsstandorten der MDSE aus: „... neben den mitteldeutschen Standorten haben wir noch die Deponie in der Altmark: Wie heißt der Ort? Ach ja, Brüchau ...“.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann und wo wurde die Sanierung der Bohrschlammdeponie Brüchau durch die zuständige Behörde des Landes Sachsen-Anhalt ausgeschrieben?
2. Mit welchem Konzept beginnt die Sanierung der Bohrschlammdeponie Brüchau durch die MDSE?

12. Abgeordnete Birke
Bull-Bischoff
(DIE LINKE)

Briefe von Schulleitungen an den Minister für Bildung

Wir haben Kenntnis davon, dass sich Leiterinnen und Leiter von Grundschulen mit gleichlautenden Briefen an den Minister für Bildung gewandt haben, in denen sie auf die aus ihrer Sicht sich zuspitzende Personalsituation an Grundschulen hinweisen und vor der befürchteten Absenkung der Lehrerstundenzuweisung warnen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

Wie viele solcher Briefe sind bis zum 16. Juni 2017 eingegangen und wie will die Landesregierung mit den Forderungen umgehen?

13. Abgeordnete Doreen Hildebrandt
(DIE LINKE)

Ostumfahrung Lutherstadt Wittenberg

Ich frage die Landesregierung:

1. Im Dezember 2016 wurde das Planfeststellungsverfahren zum 3. Planungsabschnitt der Ostumfahrung der Lutherstadt Wittenberg beantragt. Wie ist der weitere zeitliche Ablauf bis zum Planfeststellungsbeschluss geplant?
2. Inwieweit rechnet die Landesregierung aufgrund der personellen Situation im Landesverwaltungsamt mit Verzögerungen?

14. Abgeordneter Daniel Roi
(AfD)

Managementmaßnahmen zum Schutz des Rotmilans (*Milvus milvus*) an einem Schlafplatz neben einer Kompostieranlage mit zwei Windkraftanlagen

„Die Lagerung von Stalldunghaufen und das Errichten von Kompostieranlagen im Nahbereich von Windkraftanlagen (WKA) sind deshalb im Interesse des Schutzes des Rotmilans zu unterlassen“ (MAMMEN et al., 2014, Artenhilfsprogramm Rotmilan des Landes Sachsen-Anhalt).

Ich frage die Landesregierung:

1. Muss im konkreten Fall ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko durch den Tod einzelner Rotmilane nachweisbar eingetreten sein oder zwingt das Faktum der Gefährdung durch die benannte Konstellation „Anlocken durch Nahrungsquelle (Kompostieranlage) - anliegender Schlafplatz der Rotmilane an Nahrungsquelle - Einflug der Rotmilane durch die anliegenden WKA zu den Ressourcen“ bereits zum Handeln?
2. Welche Managementmaßnahmen empfiehlt die Landesregierung im konkreten Fallbeispiel?

15. Abgeordnete
Dr. Verena Späthe
(SPD)

Planfeststellungsbeschluss für den Raßnitzer See und den Wallendorfer See

Wie aus der Mitteldeutschen Zeitung zu entnehmen war, hat das Landesverwaltungsamt mit dem 31. Mai 2017 zum wiederholten Male die der Gemeinde Schkopau zugesagte Frist zur Ausfertigung des wasserrechtlichen Planfeststellungsbeschlusses für den Raßnitzer See und den Wallendorfer See verstreichen lassen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist der generelle Sachstand bei der Entlassung beider Seen aus dem Bergrecht?
2. Welche Gründe gibt es für Verschiebung des wasserrechtlichen Planfeststellungsbeschlusses und wann ist mit diesem zu rechnen?

16. Abgeordneter Thomas
Lippmann
(DIE LINKE)

Finanzierung des internationalen Schüleraustauschs in den Schuljahren 2017/2018 und 2018/2019

Vom Landesschulamt wird Schulen auf Nachfrage mitgeteilt, dass für Schülerfahrten im Rahmen des internationalen Schüleraustauschs in der Regel nicht mehr mit der bisher gewährten Unterstützung gerechnet werden kann, sofern es sich nicht um Fahrten von Schülerinnen und Schülern aus Europaschulen handelt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass die Regelungen für die Förderung für Schülerfahrten im Rahmen des internationalen Schüleraustauschs geändert wurden, sodass in der Regel nur noch Fahrten von Schülerinnen und Schülern aus den Europaschulen unterstützt werden?
2. Wie haben sich die für diese Förderung zur Verfügung gestellten und in Anspruch genommenen Haushaltsmittel in den Jahren des Doppelhaushaltes 2015/2016 gegenüber den Haushaltsansätzen des aktuellen Doppelhaushaltes entwickelt?

17. Abgeordneter
Alexander Raue
(AfD)

Anteil des Lebensraumtyps 91D0

Die Einordnung des Moores bzw. Moorwaldes im Gebiet des Kleinen und Großen Winterberges gilt derzeit als vakant. Interessant sind dabei die Angaben zum Lebensraumtyp LRT 91D0 Moorwälder: 94,8 % der Moorwälder (91D0) des Landes Sachsen-Anhalt (364 ha) befinden sich im LK Harz (Drs. 7/807), nach BfN/BMUB (2013) und BILLTOFT et. al. (2002) sind es allerdings 2,0 ha. Das Interpretation Manual benennt zudem vier Untertypen aufgrund der Baumarten-Dominanz.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum ergeben sich derartig unterschiedliche Angaben bei der Einordnung der Flächenanteile, da alle Kartierungen auf Basis des Interpretation Manuals der Europäischen Kommission erfolgen?
2. Wie hoch ist der Flächenanteil der einzelnen Moorflächen des LRT 91D0 in den Landkreisen des Landes Sachsen-Anhalt?

18. Abgeordneter
Sven Knöchel
(DIE LINKE)

Besoldungsrechtliche Umsetzung des Tarifergebnisses

Am 17. Februar 2017 wurde ein Ergebnis in der Tarifrunde für die Beschäftigten der Bundesländer erzielt. Der Koalitionsvertrag der Kenia-Koalition verspricht auf Seite 43, Tarifabschlüsse ohne zeitliche Verschiebung besoldungsrechtlich umsetzen zu wollen. Der Tarifabschluss liegt über vier Monate zurück. Bis heute hat die Landesregierung keinen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann können die Beamtinnen und Beamten mit der Besoldungserhöhung rechnen (gegebenenfalls durch Vorauszahlung)?
2. Wie viel Zeit verstrich in den vergangenen fünf Jahren zwischen Tarifeinigung und entsprechender besoldungsrechtlicher Umsetzung (gegebenenfalls durch Vorauszahlung)?

19. Abgeordnete
Dr. Katja Pähle
(SPD)

Forschungstätigkeit der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt

Die Regierungsfractionen haben für die aktuelle Wahlperiode vereinbart, die Wissenschaftsfreiheit der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt zu stärken und eigenständige Forschungsvorhaben zu unterstützen und zu steigern.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen wurden seit Beginn der Wahlperiode bereits auf den Weg gebracht bzw. umgesetzt, um die eigenständige Forschungstätigkeit der Fachhochschule Polizei zu stärken?
2. Welche weiteren Maßnahmen sind seitens der Fachhochschule Polizei angedacht?

20. Abgeordneter
Dr. Falko Grube
(SPD)

Nachteilsausgleich bei Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen

Für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Behinderungen oder festgestellten Beeinträchtigungen, die zielgleich unterrichtet werden, sind die Rahmenbedingungen für Leistungsfeststellungen im Unterricht oder bei Leistungsnachweisen so zu gestalten, dass sie ihre Leistungsmöglichkeiten nachweisen können.

Ich frage die Landesregierung:

1. Bis zu welchem Schuljahr hat man bei festgestelltem Bedarf eines Nachteilsausgleiches einen Anspruch darauf?
2. Ist ein Nachteilsausgleich auch in der Sekundarstufe bei sprachlichen Beeinträchtigungen möglich?

21. Abgeordnete
Henriette Quade
(DIE LINKE)

**Erhöhung der Hebesätze rechtswidrig, Rund-
erlass nicht bindend**

Die Stadt Oberharz am Brocken hatte 2014 ihre Hebesätze aufgrund des Runderlasses des Ministeriums der Finanzen (MBI. LSA Nr. 22/2014) erhöht, obwohl die Steuersätze im Gebietsänderungsvertrag zur Bildung der Stadt bis 2019 festgeschrieben wurden. Nach diesem Erlass werden in der Regel Liquiditätshilfen nur gewährt, wenn die Grundsteuer einen Hebesatz von mindestens 100 %-Punkten über dem gewichteten Durchschnittshebesatz der jeweiligen Gemeindegrößenklasse aufweist. Das Verwaltungsgericht Magdeburg entschied nun, dass der Runderlass nicht bindend und die Erhöhung rechtswidrig ist (Aktenzeichen: 2 A 291/15 MD).

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie wollen Sie mit der Entscheidung umgehen?
2. Welche Konsequenzen könnten sich infolge des Urteils für die Gemeinden und Landkreise sowie das Land ergeben?

22. Abgeordnete Prof. Dr.
Angela Kolb-Janssen
(SPD)

**Umsetzung des Aktionsprogramms für die
Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen,
Transgendern, Transsexuellen und
intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI)
in Sachsen-Anhalt**

Nach Beschluss des Landtages im Januar 2015 hat die Landesregierung im Januar 2016 mit der Umsetzung des Aktionsprogramms begonnen. Aufgrund haushalterischer Maßnahmen ist zu befürchten, dass ehrenamtlich tätige Verbände weniger oder keine Maßnahmen durchführen können.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie stellt sich der aktuelle Umsetzungsstand der Maßnahmen des Aktionsplans insbesondere im Hinblick auf Bewirtschaftungsbeschränkungen dar?
2. In welcher Weise und in welchem Umfang sind involvierte Verbände, die über den Lesben- und Schwulenpolitischen Runden Tisch in Sachsen-Anhalt organisiert sind, von haushalterischen Maßnahmen betroffen?

23. Abgeordneter
Olaf Meister
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Förderung von Frauenprojekten über EU-Strukturfonds

Die Europäischen Strukturfonds sind das wichtigste gemeinschaftliche Finanzierungsinstrument der EU zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts. Das Ministerium für Justiz und Gleichstellung in Sachsen-Anhalt hat in der derzeit laufenden Förderperiode mehrere Projekte, zunächst für zwei Jahre ausgeschrieben und vergeben.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchem Umfang werden Frauenprojekte über den EU-Strukturfonds mit welcher Laufzeit gefördert?
2. Besteht gegebenenfalls die Möglichkeit der Anschlussförderung?